EUROPA 24.02.2026 | Adrienne Woltersdorf

Wie ein Spaltpilz

Der Mord von Lyon trifft die französische Linke ins Mark. Vor den Wahlen ringt sie um Moral, Strategie und ihre Einheit.

Der mutmaßliche Mord an dem 23-jährigen rechtsextremen Studenten Quentin Deranque in Lyon hat in Frankreichs fragiler Demokratie eine kaum zu unterschätzende politische Dimension. Das Land steht kurz vor den landesweiten Kommunalwahlen und damit dem letzten Stimmungstest vor den 2027 anstehenden Präsidentschaftswahlen. Deranque, ein nationalistisch-identitärer Aktivist, war am Abend des 12. Februar am Rande einer Veranstaltung der linksradikalen Partei *La France Insoumise* (LFI) so brutal zusammengeschlagen worden, dass er zwei Tage später an den Folgen starb. Videoaufzeichnungen dokumentieren zweifelsfrei die Brutalität der Angreifer. Inzwischen sitzen elf Verdächtige, davon zwei Parlamentsmitarbeiter der LFI, in Untersuchungshaft. Einer davon ist Mitarbeiter des LFI-Abgeordneten Raphaël Arnault. Es handelt sich um Aktivisten im linksradikalen Spektrum mit Verbindungen zur Antifa-Gruppe *Jeune Garde*.

Deranques Tod ist damit, soviel ist klar, weit mehr als ein weiterer Eintrag in Frankreichs Chronik der Gewalt zwischen den politischen Rändern. Diese ist überwiegend geprägt von neo-faschistischen Taten, darunter rund ein Dutzend politischer Morde allein seit 2022. Nun, wenige Wochen vor der landesweiten Bürgermeisterwahl Mitte März, töten junge Linksradikale. Die Tat wirft ein umso grelleres Licht auf LFI, aber auch auf andere linke Parteien, weil sich eine breite Medienfront – im Besitz von mit dem Rechtsextremismus sympathisierenden Milliardären – hetzend und spaltend an Lyon abarbeitet, ohne jemals das moralische Versagen der eigenen Reihen zu thematisieren. Die orchestrierte Front fordert schrill eine Brandmauer gegen LFI und streut ihre Kritik an der Gewalt wie einen Spaltpilz in die linke Parteienlandschaft.

LFI, die gegenwärtig aussichtsreichste linke Partei, ist das Kämpfen

Doch nicht nur das Medienspektakel, sondern auch die bürgerlich-progressiven Kräfte machen die Tat von Lyon zum Lackmustest für den moralischen und strategischen Umgang mit

mit harten Bandagen gewohnt, ja, macht es offensichtlich zum Kern ihrer Identität.

Aktivismus. Sie stellt die Frage nach politischer Verantwortung. LFI, die gegenwärtig aussichtsreichste linke Partei, ist das Kämpfen mit harten Bandagen gewohnt, ja, macht es offensichtlich zum Kern ihrer Identität. Jean-Luc Mélenchon, ein ehemaliger Sozialist, der sich zum linksradikalen Volkstribun wandelte, sagt gerne Sätze wie: „Wir haben ein dickes Fell." Und: „Der Kampf geht weiter." Doch seit Lyon fragen sich viele, ob dies hier noch der notwendige Kampf ist oder bereits ein moralisches Versagen. Mélenchon verurteilte den Mord und die Gewalt. Doch kurz nach der Tat bekannte er sich auch zur *Jeune Garde*: „Wir unterstützen ihren Widerstand, wir unterstützen ihre Organisation."

Die antifaschistische Gruppierung, vom heutigen Abgeordneten Raphaël Arnault mitgegründet, mit engen Beziehungen zu LFI, ist bereits im Sommer vergangenen Jahres vom französischen Innenministerium aufgelöst worden – eben weil ihr ein gewaltsames Vorgehen vorgeworfen wurde. Als Jean-Luc Mélenchon nach Deranques Tod in der Nationalversammlung von „großer Zuneigung" zur *Jeune Garde* sprach, wurde klar, dass er damit ein für seine aktivistische Basis identitätsstiftendes Bekenntnis abgab. Von Reue und Kursänderung am linken Rand fehlt jede Spur.

Das kritisieren im linken Lager allen voran prominente Sozialdemokraten wie François Hollande, ehemaliger Präsident und heutiger Abgeordneter, sowie Raphaël Glucksmann, Mitglied im Europaparlament. Sie prophezeien Mélenchon eine schwere strategische Hypothek und sehen sich in ihrem Kurs bestätigt, wonach die Linke LFI isolieren und meiden müsse. Dabei war die französische Linke bei Wahlen der vergangenen Jahre immer nur dann erfolgreich, wenn Sozialisten, Grüne, Kommunisten und LFI gemeinsam antraten.

Die nun manifeste Ambivalenz am linken Rand schockiert viele Wählerinnen und Wähler. Jüngste Umfragen zeigen, dass Sympathisanten von Sozialisten, Grünen und Kommunisten LFI zunehmend ablehnen. Olivier Faure, Generalsekretär der *Parti socialiste* (PS), verurteilte politische Gewalt sogleich als „inakzeptable Inversion", die den demokratischen Diskurs deformiere. Die Sozialisten, Vertreter einer eher institutionell verankerten Linken, streiten intern seit Jahren über den richtigen Umgang mit LFI. Faure selbst befürwortete lange ein Wahlbündnis mit LFI – bis diese Frage die Partei zu spalten drohte.

Auch Marine Tondelier von *Les Écologistes* (den Grünen) verwies auf die „Brutalisierung des politischen Raums“ und betonte, dass grüne Politik von Gewaltfreiheit geprägt sei – eine Verurteilung von LFI vermied sie jedoch. Wahr ist ebenso, dass die gemäßigten linken Parteien im Schatten von LFI und Mélenchon blass bleiben. Sowohl bei den Präsidentschaftswahlen 2017 als auch 2022 war er der einzige linke Kandidat, der es beinahe in die Stichwahl geschafft hätte. Auch im kommenden Jahr will er mit dann 75 Jahren erneut als Präsidentschaftskandidat antreten.

Die Vorzeichen im linken Lager stehen auf Sturm: konfrontative Identitätspolitik gegen das Vorhaben pluralistischer, progressiver Regierungsfähigkeit.

LFI-intern mag Mélenchons Strategie zu mehr Zusammenhalt führen. Der französischen Linken, die seit jeher an struktureller Zerbrechlichkeit leidet und zwischen radikaler Mobilisierung und republikanischer Legitimität navigieren muss, schadet sie. Den Mord an Deranque nimmt Mélenchon nun offensichtlich zum Anlass, seine mobilisierte Basis auf ein Narrativ der Opposition zur etablierten Ordnung auszurichten. Eine Strategie, die für andere linke Parteien so nicht gangbar ist. Denn für viele progressiv eingestellte Wählerinnen und Wähler gelten demokratische Normen und Gewaltverzicht als Grundvoraussetzung für Wählbarkeit, auch im heutigen Klima der Polarisierung und im Ringen um Frankreichs Demokratie. Viele blicken daher mit Sorgen auf die Kommunalwahlen – und auf die Präsidentschaftswahlen 2027. Die Vorzeichen im linken Lager stehen auf Sturm: konfrontative Identitätspolitik gegen das Vorhaben pluralistischer, progressiver Regierungsfähigkeit.

Die Frage nach Gewalt und Legitimität beantworten die Gegenspieler der Linken unterdessen klar und deutlich. Jordan Bardella, Parteichef des *Rassemblement National* (RN), drehte den Spieß der LFI-Strategie kurzerhand um und verurteilte jedwede politische Gewalt. Er ließ wissen, dass er, sobald er in Regierungsverantwortung gekommen wäre, alle gewaltbereiten Gruppierungen – rechte wie linke – verbieten werde, um die „republikanische Ordnung“ und die „Sicherheit der Bürger“ zu verteidigen. Vor den erwartungsgemäß martialischen Gedenkmärschen zu Ehren Deranques rief er seine Basis unmissverständlich dazu auf, den Demonstrationen fernzubleiben.

In Städten wie Lyon, Paris oder Marseille wird diese neue Polarisierung so kurz vor den Kommunalwahlen mit großer Wahrscheinlichkeit über Mandate entscheiden. Lokale linke Listen, die sich mühsam zu Wahlgemeinschaften auch mit LFI zusammengefunden haben, müssen sich jetzt politisch positionieren – oder sie riskieren Verluste. Es wird erwartet, dass das RN – welches die Tat von Lyon gründlich ausweidet, um der Linken wie gewohnt zivilisatorischen und demokratischen Verfall, „Rechtsunsicherheit“ und urbanes Elitentum anzuheften – dieses Mal Erfolge feiern wird. Am meisten zu verlieren haben dabei die auf nationaler Ebene schwachen Sozialisten. Deren Stärke – die lokalpolitische Verankerung in zahlreichen Städten und Kommunen – könnte nun schwinden. Denn der allgemeinen Unzufriedenheit haben auch sie nur wenig entgegenzusetzen. Der Mord an einem 23-Jährigen, soviel wird deutlich, wäre zwar ein Wendepunkt. Aber niemand biegt ab. Alle machen weiter.



Adrienne Woltersdorf
Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.